

Sollten Weidel und Chrupalla am Freitag nach Würzburg kommen?



Von THOMAS | Der AfD-Kreisverband Würzburg wird am Freitag um 17 Uhr eine Mahnwache zum Gedenken an die Ermordeten des 25. Juni abhalten. Die große Frage steht daher im Raum: Sollten an solchen Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer der Merkelschen Siedlungspolitik auch AfD-Politiker der Bundesebene teilnehmen? Sollten vielleicht sogar die beiden Spitzenkandidaten der AfD zur Bundestagswahl am Freitag direkt vor Ort diejenigen Verantwortungsträger anklagen, die den Mörder ins Land geholt, ihn hier bezahlt, versorgt und mit allerlei Aufenthaltstiteln ausgestattet haben, so dass diese tickende Zeitbombe nicht längst abgeschoben wurde? Sollten Weidel und Chrupalla direkt dort, wo Merkels neueste Tote lagen, politisch Anklage erheben gegen diese Frau? Und sollten sie genau dort, wo drei Opfer der buntistischen Irrsinspolitik in aller Öffentlichkeit verbluteten, laut und vernehmbar fordern, diesem gefährlichen politischen Wahnsinnsprojekt endlich ein Ende zu bereiten?

Natürlich sollten sie das, denn die Morde von Würzburg sind keine lokale Angelegenheit des AfD-Kreisverbands, sie sind unmittelbare Folge bundespolitischer Entscheidungen – so wird wohl jeder diese Frage schnell beantworten wollen. Diese Morde sind ein bundespolitisches Thema, deshalb muss sich gerade auch die AfD-Bundesspitze des Themas annehmen – vor Ort am Barbarossaplatz in Würzburg!

Aber: Die Anwesenheit von AfD-Spitzenpolitikern wird unweigerlich auch den politischen Gegner auf den Plan rufen. Und was dann?

Bis jetzt führt dieser Gegner sehr erfolgreich die Regie zu den Geschehnissen. Da der Mörder ein importierter Merkel-Schützling ist, muss es aus Sicht der herrschenden Buntisten nun darum gehen, diese Mordtat möglichst rasch nach dem Motto: „Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen!“ aus dem öffentlichen Bewusstsein zu drängen. Die Namen der Toten, Christiane H., Johanna H. und Stefanie W., waren die ersten Tage unter Verschluss, Mitleidsgefühle sollten gar nicht erst aufkommen. Angela Merkel, die nach Hanau sofort vor die Kameras trat, fand bisher kein persönliches Wort zu Würzburg, sondern ließ nur über ihren Regierungssprecher Seibert ihre formale Anteilnahme bekunden.

Genau diesem Drehbuch folgt die Regie zu Würzburg bislang recht erfolgreich, und tatsächlich haben die meisten Leute die Toten von Würzburg schon vergessen. Das Blut wird von der Straße gewischt und Schwamm drüber – so läuft das in unserer Bunten Republik.

Die Anwesenheit von AfD-Bundespolitikern am Freitag Nachmittag in Würzburg würde diesem Regiekonzept einen Strich durch die Rechnung machen: das würde Staub aufwirbeln, den man im Kanzleramt und in den staatlichen Fernsehstudios ganz und gar nicht gebrauchen kann, wenn ein Thema unter den Teppich gekehrt werden soll. Die AfD soll sich auch nicht in die Regie einmischen, sondern sie soll die Klappe halten, damit die Wähler ihr Kreuzchen im Herbst brav bei den Altparteien machen.

Deshalb wäre es auch eine Katastrophe für das Regime, wenn am Freitag jemand von der AfD-Bundesspitze bei der Mahnwache in Würzburg auftauchen würde, einfach aus dem nichts und ohne die Regieführung vorher um Erlaubnis zu bitten. Es wäre ein dramaturgisches Desaster, wenn am Freitag plötzlich ein

führender AfD-Bundespolitiker völlig überraschend mitten in Würzburg stehen würde und genau dort vor Ort, wo drei Frauen die Folgen der Merkelschen Siedlungspolitik auf grausamste Weise am eigenen Leibe erfahren mussten, den Finger in diejenige Wunde legen würden, die in Deutschland am stärksten blutet.

Auf eine solche Anwesenheit von AfD-Bundespolitikern wird die Gegenseite am Freitag natürlich vorbereitet sein: Man wird Aufmärsche mobilisieren, indoktrinierte Studenten werden sich die Kehle aus dem Hals schreien und „Nazis raus“ grölen, volle Bierflaschen werden bereit stehen, so dass junge Fanatiker diese Flaschen jederzeit in Richtung der Mahnwache werfen können. Und ganz oben, in der Führungsspitze von Staat und Medien, wird man die AfD mit dem Vorwurf beschallen, die AfD würde die Morde von Würzburg „instrumentalisieren“, also diese Morde in einem höheren politischen Gesamtzusammenhang betrachten und damit die Hoffnung verbinden, dass andere Menschen diesen Gesamtzusammenhang ebenfalls erkennen, ganz ähnlich wie Staat und Medien das selbst sehr intensiv nach den Morden von Hanau vorexerziert haben.

Proteste, Anschuldigungen, Nazi-Beschimpfungen – das hätte die AfD-Spitze also zu erwarten, wenn sie es wagt, am Freitag nach Würzburg zu fahren. Wer will sich das antun? Und: Muss man sich das antun?

Es gilt also: Abwägen! Leib und Leben der AfD-Spitzenpolitiker wären in Würzburg am Freitag in jedem Fall gefährdet. Sicherer wäre es für die AfD daher, wenn die Spitzenkandidaten in Berlin und Görlitz blieben, sich vielleicht per Video zuschalten und einen virtuellen Gruß an die Mahnwache senden. Auf jeden Fall würde sich die AfD auf diese Weise viel Ärger ersparen: kein Geschrei, kein Gelärm, keine Bierflaschen. Präsenz vor Ort ist viel, aber nicht alles.

Lassen wir uns morgen also überraschen!